

Staat

Titelbild; Hauptstadt Ouagadougou, Globus an rege befahrener Strasse

Nationale Symbole

Flagge und Nationalhymne

Die aktuelle Flagge wurde offiziell am 4. August 1984, dem ersten Jahrestag der Revolution, eingeführt. Damit wurde die erste Flagge des Landes Obervolta ersetzt, eine Trikolore (schwarz, weiß, rot) der «kolonialen» Farbgebung für die drei großen Quellflüsse des Volta.

Die drei Farben der neuen Flagge (Rot, Grün und Gelb) sind die panafrikanischen Farben. Gelb ist dabei nur der Stern. Mit ihm in der Mitte reihte sich Burkina Faso in die Zahl der revolutionären Staaten (wie z.B. Vietnam) ein. Rot wird auch als das für die Revolution vergossene Blut und Grün als Fruchtbarkeit des Bodens gedeutet.

Mit neuem Namen und neuer Flagge erhielt das Land ebenfalls am 4. August 1984 von der Revolutionsführung eine neue Hymne, »le Ditanè« oder die «Hymne des Sieges». Sie wurde von Präsident Thomas Sankara selbst gedichtet. Die Melodie wurde von dem Dominikanerpater René Guigma komponiert.

Staatswappen und Nationalfeiertag

Das aktuelle Staatswappen ist das vierte Wappen seit der Unabhängigkeit. Es wurde 1997 eingeführt und lehnt sich an das erste Wappen von Obervolta nach der Unabhängigkeit an. Der Nationalfeiertag ist der 5. August. Am 5. August 1960 wurde die Unabhängigkeit des Landes von Frankreich proklamiert. Da dieser Tag aber in die Schulferien fällt, bleibt auch der 11. Dezember, der Tag, an dem im Jahre 1958 die nach innen autonome Republik ausgerufen wurde, staatlicher Feiertag.

1982-1983: Conseil de Salut du Peuple (CSP)

Eine politisch eher heterogene Gruppe von Militärs unter dem Namen «Mouvement du Salut du Peuple», geführt vom Chef des Panzerregiments Leutnant Kamboule, putschte sich am 7. November 1982 an die Macht. Dem Präsidenten Oberst Zerbo wurden Verrat, Verschwendung, Korruption, Repressalien und Verletzung von Freiheitsrechten vorgeworfen. Die Putschisten, die zuerst einen neuen Präsidenten bestimmen mussten, waren in ein rechtes Lager um Oberst Gabriel Yoryan Somé und Major Fidèle Guébré und ein linkes Lager gespalten, das von Thomas Sankara erwartete, das Amt des Präsidenten zu übernehmen. Doch der lehnte ab. Die jungen Offiziere konnten nur noch die Wahl eines der beiden konservativen Kandidaten verhindern, indem sie als Kompromiss Sanitätsmajor Jean-Baptiste Ouédraogo wählten.

Der gerade promovierte Kinderarzt wurde somit als Verlegenheitskandidat Staatspräsident. Ouédraogo tendierte mehr und mehr zum konservativen Lager, während die linke Fraktion Thomas Sankara als Premierminister durchsetzen konnte. Die Folge war eine doppelköpfige Regierung. Ouédraogo wollte nur Kinderarzt sein und legte es darauf an, die Macht möglichst schnell wieder einer zivilen Regierung zu übergeben. Sankara sah darin nur die Wiedereinsetzung einer alten bourgeoisen Herrscherschicht, die zu bekämpfen die Jungoffiziere angetreten waren. Seiner Meinung nach musste erst die Korruption beseitigt und das Volk alphabetisiert, jeder Bürger zu einem «citoyen éclairé» werden. Die formale Demokratie musste zurückgeschraubt werden, um die Grundlagen tatsächlicher Demokratie legen zu können. Zwei Lager standen sich unversöhnlich gegenüber. Frankreich übte durch seinen Afrikabeauftragten Guy Penne erpresserischen Druck aus, woraufhin Sankara – angeblich wegen eines Blitzbesuches von Libyens Staatschef Gaddafi – am 17.05.1983 durch einen Militärstreich verhaftet wurde.

Dies löste wegen Sankaras großer Popularität, vor allem unter

Jugendlichen, heftige Proteste aus. Sein enger Freund und Gefährte Blaise Compaoré floh in die Garnison Pô nahe der Grenze zu Ghana. Auch durch Rehabilitierung, Versetzung und der Aussicht auf eine neue Verfassung konnte Ouédraogo die Wogen nicht mehr glätten. Da nun auch Oberst Zerbo seine alten Getreuen neu formierte, standen sich drei Gruppen innerhalb der Armee Anfang August 1983 gegenüber und waren entschlossen, die Krise militärisch zu lösen. Blaise Compaoré reagierte als erster und organisierte von Pô aus den «Marsch auf Ouagadougou» am 04.08.1983.

Der «Conseil National de la Révolution» (CNR) wurde gebildet.

1980-1982: Comité Militaire de Redressement pour le Progrès National (CMRPN)

Oberst Saye Zerbo übernahm die Spitze der CMRPN (auf Deutsch: „Militärisches Sanierungskomitee für den Nationalen Fortschritt“). Sein Versuch, das öffentliche Leben zu modernisieren und zu moralisieren, stieß zunächst auf euphorische Zustimmung. Zerbo begann, Korruption und Laxheit der Staatsbediensteten zu bekämpfen. Der Gebrauch staatlicher Fahrzeuge wurde reglementiert und die höchsten Gehälter gekürzt. Sein Vorgehen wurde später als «vorrevolutionär» bezeichnet.

Ein Stimmungsumschwung trat mit Schließung von Bars während der Arbeitszeiten ein, war doch «la bière voltaïque» um 10:00 Uhr unter Funktionären zur Tradition geworden. Ungeschicklichkeiten und taktische Fehler folgten. Die Popularität des Regimes stumpfte weiter ab, als das Streikrecht beschränkt wurde und durch Forderung von Ausreisevisa die Emigration begrenzt wurde. Zerbo meinte, für die notwendigen Maßnahmen das Land nach außen abschotten zu müssen. Schnell fiel das Land in ein altes Kräftemessen zwischen Repressalien der Militärs und streikender Zivilbevölkerung zurück.

Innerhalb der Armee herrschte ein Generationenkonflikt zwischen

Veteranen wie Lamizana, an moderneren Militärschulen ausgebildeten Obersten wie Zerbo und einer dritten Generation junger politisierter Hauptmänner, die die Regierung als «lax» und «bürgerlich» scharf kritisierten. Um diese «jungen Wilden» an den Regierungsgeschäften zu beteiligen, ernannte Zerbo Hauptmann Thomas Sankara zum Staatssekretär für Informationspolitik. Dessen Aufsehen erregende Radioansprache zu seinem Rücktritt fünf Monate später („Schande denen, die das Volk knebeln!“) machte Sankara enorm populär und schweißte die jungen Militärs eng zusammen. Sankara kritisierte neben Repressalien der Regierung insbesondere, dass die gewählte Form der politischen Gestaltung nur einer Minderheit dienen konnte.

1966-1980: Die Herrschaft Lamizanas

1966-1970: «Provisorische Militärregierung» 1971-1974: Die zweite Republik

1974-1976: Regierung der «nationalen Erneuerung» unter Militärherrschaft

1977: Übergangsregierung der «nationalen Einheit» 1978-1980: Dritte Republik

Der erste erfolgreiche Volksaufstand fand in Obervolta am 03. Januar 1966 statt und brachte Oberstleutnant Sangoulé Lamizana unvorbereitet an die Staatsspitze. Um mit freier Hand die maroden Staatsfinanzen sanieren zu können, verbot Lamizana für vier Jahre alle politischen Aktivitäten und setzte einen obersten Militärerrat, den Conseil Supérieur des Forces Armées (CSFA) ein. Durch drastische Sparmaßnahmen gelang es ihm, den defizitären Haushalt 1968 in einen Überschuss zu verwandeln.

1970 wurde durch Referendum eine neue Verfassung angenommen. Lamizana sicherte sich dabei als Soldat mit höchstem Dienstgrad für die ersten vier Jahre per Verfassung die Präsidentschaft. Ein Drittel der Regierungsposten sollte mit Armeeingehörigen besetzt werden. Vier Parteien wurden in das

für 57 Abgeordnete vorgesehene Parlament gewählt. Stärkste Fraktion war die UDV-RDA mit 37 Sitzen (Video). Die im Wahlkampf diämierte sozialistisch orientierte MLN unter Führung von Joseph Ki-Zerbo erhielt nur sechs Sitze und wurde von der Regierung ausgeschlossen. Da die Gewerkschaften und Schüler der MLN nahe standen, folgten politische Spannungen.

Innerhalb der Regierung kam es zu einem Zerwürfnis zwischen dem Premierminister und Parteivorsitzenden Gérard Kango Ouédraogo (19.07.1925 – 01.07.2014) und dem Parlamentspräsidenten und Generalsekretär der RDA Joseph Ouédraogo. Sie blockierten gegenseitig ihre Handlungsfähigkeit und machten das Land unregierbar. Am 8. Februar 1974 übernahm das Militär mit Lamizana an der Spitze erneut die Macht und beendete die II. Republik. Verhängnisvoll für die Entwicklung des Landes wirkte sich zu dieser Zeit auch die falsche Hoönung aus, Obervolta könne durch Manganföderung oder Industrialisierung zu Reichtum gelangen, während gleichzeitig die Landwirtschaft vernachlässigt und die Desertifikation nicht entschieden genug bekämpft wurde.

Ab Februar 1974 stand das öentliche Leben, das Militär, die territoriale Verwaltung wie die zivilen Institutionen unter dem Vorzeichen der «Erneuerung». Radio hieß nicht mehr «Radio», sondern «Stimme der Erneuerung». In diese Phase der „Regierung der nationalen Erneuerung“ platzten neue Probleme: Die Folgen der großen Dürre von 1973, der erste Grenzkrieg mit Mali, Rezession infolge der Ölpreiskrise und die Opposition der alten Parteien und der Gewerkschaften. Während der Hungersnot wurden Hilfsgüter unterschlagen und für die Militärregierung Cadillacs in den USA bestellt. Die Stimmung schlug zu Ungunsten der vom Militär proklamierten «Erneuerung» um. Im Dezember 1975 kam es zu einem Generalstreik. Lamizana reagierte mit Anhebung von Gehältern und Stipendien und mit einer Regierungsumbildung unter Beteiligung von Vertretern der Parteien und Gewerkschaften und stellte eine neue Verfassung in Aussicht. Durch sein Entgegenkommen gelang es ihm sogar,

die Gewerkschaften zu spalten. Im Januar 1977 wurde unter Beteiligung von drei Parteien eine Übergangsregierung gebildet, die eine neue Verfassung ausarbeitete, die durch ein Referendum am 27. November 1977 angenommen wurde.

Stärkste Fraktion in dem neuen Parlament der III. Republik wurde die UDV-RDA, von der sich aber sechs Abgeordnete um Joseph Ouédraogo zur «RDA-Front de Refus» abspaltete und einen Teil der Opposition bildeten. Die starken Männer des Landes waren nun der wiedergewählte Präsident General Lamizana, Ministerpräsident Joseph Conombo und Parlamentspräsident Gérard Kango Ouédraogo. Sie verfügten im Parlament nur über eine hauchdünne Mehrheit.

Dennoch dominierte die RDA in fast allen Sektoren und schloss alle anderen Parteien bei Entscheidungen aus. Dies führte zu mehr Geschlossenheit innerhalb der oppositionellen und gewerkschaftlichen Gruppierungen, zu denen sich neue kommunistische Parteien und Studentengruppen gesellten. Eine oppositionelle Großdemonstration auf dem «Place de 3.Janvier» am 24. Februar 1979 wurde zum Auftakt für immer mehr Streiks, die im November 1980 durch den u.a. von Lehrern angezettelten „Streik der 56 Tage“ das Land paralyisierten. Wieder machte die Armee, in der nun ein Generationenkonflikt brodelte, von ihrer Kontrollfunktion Gebrauch und löste die Regierungskrise militärisch. Oberst Saye Zerbo, ein Cousin von Lamizana, übernahm die Macht und löste die III. Republik auf.

1960-1966: Die erste Republik

Maurice Yaméogo wurde erster Präsident des unabhängigen Staates Obervolta, der am 22. September 1960 Mitglied der Vereinten Nationen wurde. Außer dem gegenwärtigen Präsidenten ist er der einzige gewählte Präsident, der nicht dem Militär angehörte und durch keinen Militärputsch an die Macht gelangte.

Yaméogo war gleichzeitig Außenminister und Verteidigungsminister und versuchte, Obervolta innerhalb der

afrikanischen Staaten und der Weltgemeinschaft zu positionieren. Innenpolitisch versuchte er, den Einfluss der traditionellen Macht zurückzudrängen. Er schaltete die Opposition aus, bis hin zu Verhaftungen ihrer Führer und regierte mit einer Partei. Bildung klientelistischer Patronagenetzwerke, Nepotismus, Autokratie, Wahlbetrug und ein verschwenderischer Regierungsstil führten zu Misswirtschaft und brachten das Land mit einer Überschuldung von 4,5 Mrd. FCFA an den Rand des Ruins.

Frankreich hatte leichtes Spiel, neu Einfluss und Entscheidungsgewalt zu gewinnen. Ein von Jacques Foccart ausgearbeiteter «accord de coopération» überließ Frankreich eine Dominanz über Währung, Wirtschaft und Finanzen, Post und Telekommunikation, Kultur, Bildung, Justiz... Es etablierte sich eine Oberschicht, die einerseits große persönliche Vorteile genießen wollte, andererseits Einfluss und Entscheidungsgewalt an Frankreich vermittelte. Militärbasen wurden Frankreich allerdings auf voltaischem Boden verwehrt.

Yaméogos rigide und gleichzeitig verschwenderische Staatsführung polarisierten Ende 1965 Volk und Präsident. Von seinem Wahlsieg mit 99,98 % der Stimmen im Oktober 1965 geblendet nahm er nicht wahr, wie neben den Parteien neue städtische Akteure die politische Bühne betraten: Gewerkschaften, Militär, Schüler. Yameogo wurde von der Elfenbeinküste zur Deckung des Haushaltsdefizits ein Kredit in Höhe von 20 Mrd. FCFA angeboten. Um nicht in Abhängigkeit anderer Staaten zu geraten, ordnete Yameogo aber am 28.12.1965 Lohnkürzungen in Höhe von 20 % an, was angesichts seiner wenige Wochen zuvor pompös gefeierten 2. Hochzeit mit der Ivorerin Suzanne de Monaco und der anschließenden gemeinsamen Reise nach Brasilien auf helle Empörung stieß.

Am 1. Januar 1966 kam es zu einem Volksaufstand der Gewerkschaften, angeführt vom ehemaligen Bürgermeister von Ouagadougou Joseph Ouédraogo. Am 2. Januar wurden Polizei, Gendarmerie und Militär mobilisiert, die Ordnung wieder

herzustellen. Sie konnten nicht verhindern, dass die Mädchen vom Collège du Cours Normal mit ihrer Direktorin Jacqueline Ki-Zerbo, Ehefrau des erwähnten Historikers Joseph Ki-Zerbo, zum «Place des Armes» (später «Place du 03. janvier, dann «Place de la Révolution», heute «Place de la Nation») marschierten. Die Gymnasiasten vom Lycée Philippe Zinda Kaboré folgten. Aus der Parole «Brot, Wasser, Demokratie!» wurde „Armee an die Macht!“. Oberstleutnant Sangoulé Lamizana hatte angeblich den Befehl erhalten, auf die Massen schießen zu lassen, zog es in dieser Situation aber vor, selber «die Verantwortung zu übernehmen». Am 3. Januar 1966 erklärte Maurice Yaméogo seinen Rücktritt.

1958 – 1960 Unabhängigkeit

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die Rückkehrer, die „Anciens Combattants“, zu Gestalten des Übergangs. Stellung, Ansehen und monatliche Rente verdankten sie keinem traditionellen System, sondern der Kolonialmacht Frankreich, deren Untertanen sie waren. Ihre Enttäuschung war groß, nicht wie versprochen als gleichberechtigte Bürger des Landes anerkannt zu werden, für das sie ihr Leben eingesetzt hatten. Von ihnen ging eine neue Politisierung der Bevölkerung aus und mit ihrer Unzufriedenheit wuchs das Streben nach Emanzipation von Frankreich. Ein erster Schritt dazu war die 1947 auf Drängen des Moogho Naaba und seiner Partei, der Union Voltaïque (UV), wieder hergestellte Kolonie Obervolta mit einer starken Dominanz der Mossi und somit einer starken nationalistischen Strömung.

Ein neues Bewusstsein entstand mit der Bewegung der «Négritude», einem Ausdruck schwarzer Selbstbestimmung. Seine Hauptvertreter, die Dichter Léopold Senghor, Aimé Césaire [Interview] und Léon Gontran Damas beschrieben den Afrikaner gegenüber dem kalten rationalen Weißen als warmen, gefühlvollen, ethischen Menschen, der in der Welt seine Verantwortung wahrzunehmen hat. Weiße Dominanz wurde als brutal und zerstörerisch entlarvt, afrikanische Kultur dagegen

idealisiert. Die Negritude hatte politisch eine panafrikanisch befreiende Tendenz. Philosophisch verstand sie den Afrikaner aber weiterhin aus der Welt und in der Sprache des ihn dominierenden Weißen – ein Dilemma, das letztlich mehr zu Assimilation als zu wirklicher Emanzipation der «Befreiten» führte und somit dem Neokolonialismus Tore öffnete.

Nachdem in Frankreich schon 1936 die linke Regierung der «Front Populaire» eine Humanisierung der Kolonien beschlossen hatte und de Gaulle während des Krieges den afrikanischen Völkern in Brazzaville mehr Unabhängigkeit und Mitbestimmung versprochen hatte, mehrten sich nach dem Krieg in Frankreich antikoloniale Stimmen. Jean-Paul Sartre schrieb das Vorwort zu Frantz Fanons Buch «Die Verdammten dieser Erde», das die philosophische Grundlage für die Dekolonialisierung legte. Das mit Sartre verfasste Buch «Schwarze Haut – weiße Masken» setzt sich mit der Négritude auseinander. Der Dokumentarfilmer René Vautier war über die Verhältnisse in Westafrika schockiert und versuchte in seinen Filmen erschütternde Realitäten des Kolonialismus aufzudecken. Sein Filmmaterial aus Obervolta wurde von der Kolonialbehörde beschlagnahmt und er kam vor Gericht.

Als von General de Gaulle eingeführtes Überseedepartement konnte Obervolta schließlich afrikanische Abgeordnete in das französische Parlament entsenden. Die von traditionellen Würdenträgern und der politischen Elite bestimmte UV wurde bald von der antikolonialen und auf Gleichheit aller Afrikaner ausgerichteten RDA unter Führung von Daniel Ouezzin Coulibaly verdrängt, die 1957 die Wahlen zu einem neu gegründeten Regierungsrat gewannen.

Mit der Annahme der Verfassung zur Fünften Republik in Frankreich entschied sich Obervolta – wie alle anderen Kolonien außer Guinea – in einem Referendum für einen vorübergehenden Verbleib in der Communauté française und wurde am 11.12.1958 eine nach innen autonome Republik.

Félix Houphouët-Boigny aus der Elfenbeinküste, der mit Léopold Sengor aus Senegal einer der Hauptbetreiber der Unabhängigkeit war, ließ eine westafrikanische Föderation scheitern, die sich Mali-Föderation nannte. Mit dem Namen Mali wurde ein Brückenschlag zu einem alten afrikanischen Reich gesucht, um eine neue panafrikanische Identität zu stiften.

Am 5. August 1960 wurde von Maurice Yameogo, der nach dem Tod von Coulibaly 1958 Präsident des Regierungsrates geworden war, die Unabhängigkeit proklamiert. Die deutsche Besatzungsmacht in Paris überließ 1940 dem Vichy-Regime die Verwaltung der französischen Kolonien. Diese gerieten aber zunehmend unter Einfluss des von General de Gaulle von Großbritannien aus geführten «Freien Frankreich». De Gaulle wollte Frankreich notfalls von den Kolonien aus befreien. Im Anschluss an die Konferenz von Brazzaville am 08. Februar 1944 reiste er durch Westafrika – u.a. nach Ougagadougou -, machte vielfältige Zugeständnisse und rief Franzosen und Afrikaner dazu auf, Frankreich zu befreien. Wie für den Ersten Weltkrieg, so wurden nun für den Zweiten Weltkrieg, später für den Indochina- und den Algerienkrieg, Tirailleurs Sénégalais im Kolonialgebiet rekrutiert, um unter französischer Flagge zu kämpfen. De Gaulles «Deklaration von Brazzaville» wurde nach dem Zweiten Weltkrieg zur Rechtfertigung von Forderungen nach Unabhängigkeit afrikanischer Kolonien herangezogen.

Zwangsarbeit, Zwangsmigration, Zwangsrekrutierung, Kopfsteuer und exportorientierte Monokulturen waren neben entmündigender arroganter Bevormundung die Wunden, die die Kolonialherren den beherrschten afrikanischen Stämmen schlugen und die zu einem euphorischen Aufschrei nach Unabhängigkeit und Selbstbestimmung führen sollten. Das Erbe des Kolonialismus beschränkt sich aber nicht auf innere und äußere Wunden. Während der Kolonialzeit wurden die Grundlagen eines modernen Staates gelegt: Grenzziehung, Verwaltungsstruktur, Amtssprache, Geldwirtschaft, Schulen und Gesundheitswesen sowie die Einführung von Gedanken der Aufklärung. Die

Einbindung des Landes in die Entwicklung einer sich globalisierenden Welt geschah unter europäischer Diktation. Während mit dem Ersten Weltkrieg das Zeitalter des Imperialismus endete, lief der Zweite Weltkrieg auf das Ende des Kolonialismus hinaus.

Die koloniale Geschichte

1896 – 1960 Französische Kolonie

Erstaunlich spät, im Jahr 1853, erreichte der erste Europäer, nämlich der deutsche Afrikaforscher Heinrich Barth, das heutige Burkina Faso und kam –noch erstaunlicher- lebendig zurück. Ebenfalls ein Deutscher, Gottlob Krause, gelangte nachweislich als erster Europäer am 24.09.1886 nach Ouagadougou. Krause weigerte sich vehement, für koloniale Interessen zu forschen und erhielt daraufhin wenig Unterstützung und kaum Anerkennung.

Im Wettrennen mit den anderen Kolonialmächten gelang es den Franzosen 1895 unter Desternave von Französisch-Sudan aus, Verträge mit den bestehenden Reichen von Yatenga und Gurma zu schließen. Dabei konnten deren interne Konflikte geschickt ausgespielt werden. Der Mossikönig von Ouagadougou, der Mogho Naaba, ließ sich auch von Louis-Gustave Binger nicht durch Verträge binden und leistete bewauneten Widerstand. Ouagadougou wurde im September 1896 von Oberst Voulet innerhalb von zwei Stunden gewaltsam eingenommen, anschließend niedergebrannt. Die Feuerkraft der Franzosen erwies sich gegenüber Speeren und Giftpfeilen der Mossikrieger als effektiver. Der Mogho Naaba floh auf britisches Gebiet, sein Bruder wurde als Vasall eingesetzt. Die Expedition Voulet-Chanoine erlangte wegen des grausamen und eigenwilligen Vorgehens ihrer beiden Führer traurige Berühmtheit. Sie bleibt Beispiel für Willkür und dem Wahnsinn verfallener Vertreter kolonialer Eroberungszüge.

Während die Samo und Lobi grausam unterworfen wurden, schlossen andere südliche Stämme Protektoratsverträge mit den

Franzosen. Diese errichteten Garnisonen und konsolidierten 1904 ihre Macht durch Eingliederung der Gebiete in die Kolonie Obersenegal und Niger. Für die französische Verwaltung galten die Gebiete im oberen Voltabecken während der gesamten Kolonialzeit als Arbeitskräftereservoir. Mit dem Jahr 1914 wurden sie zum Rekrutenreservoir. Etwa ein Fünftel (ca. 35.000 Mann) der Tirailleurs Sénégalais, die Frankreich während des Ersten Weltkrieges in Französisch-Westafrika rekrutiert hatte, kamen aus dem späteren Obervolta. An einzelnen Orten kam es bei Zwangsrekrutierungen zu Revolten. Die Zahl der Aufständischen bei den Marka, Bwaba, Bobo, Samo und Gourounsi wird von Kiéthéga auf 300.000 geschätzt.

1919 entstand die eigenständige Kolonie Obervolta. Zwischen 1932 und 1947 wurde die Kolonie aus Gründen der Rentabilität aufgeteilt und den Nachbarkolonien Niger, dem französischen Sudan (heute Mali) und der Elfenbeinküste zugerechnet. 1938 wurde Ouagadougou zum Sitz der kolonialen Region Oberelfenbeinküste. Von 1919 bis 1932 und nach 1947 musste die Kolonie Obervolta als Eigenterritorium eigene Exportgüter produzieren. Mit Abgabeforderungen, Plantagenarbeit am Niger und an der Elfenbeinküste, Bau von Straßen und Eisenbahn (Regie Abidjan Niger) sollte die Kolonie für Frankreich gewinnbringend wirtschaften. Baumwolle stand im Vordergrund. Der Preis der Baumwolle hatte sich nach dem Ersten Weltkrieg in Frankreich verdoppelt. Die Regierung versuchte, die Textilproduktion, die rund 300.000 Menschen beschäftigte, durch die Förderung des Baumwollanbaus in den eigenen Kolonien von den immer teurer werdenden Importen aus anderen Ländern unabhängig zu machen. Ein Teil der Mossibevölkerung wurde zwangsdeportiert.

Bis 1600 verfestigten sich die beiden Mossi-Herrschaftsbezirke Moogho und Yatenga als eigenständige Königreiche, verloren aber zunehmend an Zentralgewalt. Die Reiche zeichneten sich durch eine hochentwickelte Verwaltungsorganisation und die göttliche Verehrung, die ihre Herrscher genossen, aus. Es gab

Adelige, Freie und Sklaven. In manchen Gegenden wie Yatenga gab es Kasten (z.B. Schmiede). Ketten sowie Hand- und Fußfesseln sind oft zu findende Überbleibsel dieser Epoche. Verbale Überlieferungen und frühkoloniale Dokumente lassen ahnen, wie sehr Eisenproduktion und Sklavenhaltung die vorkoloniale Zeit bestimmten.

Wie das mit den ihnen verwandte Reich Gurma im Osten widerstanden die Mossireiche den Angrißen anderer Eroberer (insbesondere der Fulbe und Haussa aus dem Nigerbogen) bis zur Kolonisierung durch Frankreich im Jahre 1896. Zu diesem Zeitpunkt waren die Reiche im heutigen zentralen und östlichen Burkina Faso von Nachfolgekriegen geschwächt und unter sich zerstritten.

Im Westen konnten viele Stämme ihre Unabhängigkeit behaupten. Es entstanden die Dynastie der Ouattara mit einem Machtzentrum in Kong, dem Zentrum Gwiriko sowie das von Sénoufo gegründete Kenedougou. Ein wirkliches Reich entstand dabei aber nicht. Zwischen dem 18. und 19. Jh. setzte sich dort die Migration fort. Weniger zentralisierte Gruppen kamen aus Ghana und der Elfenbeinküste, unter ihnen die Lobi und Dagara, in den Südwesten von Burkina Faso.

Die vorkoloniale Zeit

Die vorkoloniale Geschichte wird in zwei Epochen unterteilt. Die erste ist die Epoche der ältesten Siedler (Dogon, Nioniosi, Gourounsi, Bissa, Bobo, Sénoufo), die schon zum Ende des ersten Jahrtausends nach Christus auf dem heutigen Gebiet ansässig waren. Im 12. Jahrhundert beginnt die zweite Epoche der vorkolonialen Geschichte. Es war eine Zeit der großen Migration. Die Gründe der Migration waren vielfältig: Flucht vor Eroberern und Sklavenjägern, Krankheit, Dürren, Hunger, Flüche, Suche nach fruchtbarem Land... Folge dieser Bewegungen wurde die Entstehung und Entwicklung von streng organisierten sozialpolitischen Systemen. Das sind die Systeme der Gurmantche, Fulbe, Marka, Dafing, Yarcés, Bobo-Diula, Diula und

Mossi. Die letztere Volksgruppe (die Mossi), deren Vorfahren wohl aus der Tschadgegend in den Norden des heutigen Ghana eingewandert waren, etablierte sich im zentralen und zentralnördlichen Teil des heutigen Burkina Faso und gründete die beiden bekanntesten und streng hierarchisch organisierten Mossi-Reiche. Der Gründungsmythos der Mossi, die Geschichte der Amazonenprinzessin Yennenga, gibt dem Vordringen der Mossi von Gambaga nach Norden eine schicksalhafte Bedeutung.

Der Mythos betont das Verschmelzen von autochthonen Stämmen mit den Neuankömmlingen um das 15. Jahrhundert, wodurch die heutige burkinische Bevölkerung entstanden ist. Einheiten von Mossireitern eroberten etwa die Hälfte des heutigen Burkina Faso und begründeten eine Feudalherrschaft. Während sie die Dogon (Kibsi) bis nach Bandiagara zurückdrängten, verständigten sie sich mit anderen autochthonen Bevölkerungen, insbesondere den Nioniose, auf eine Teilung der Gewalt in weltliche und sakrale Macht. Die Nachkommen des Mossiherrschers, die sich Nakomse nannten und meist der Familie Ouédraogo angehörten, erhielten die politische Macht („naam“ oder franz. „chefferie“). Die Erdpriester der Nioniose, die Familie Sawadogo (=„Wolke“), erhielten die Gewalt über Luft, Regen, Erde und Geister. Diese Machtteilung hat bis heute Bestand. So tauschen die Familien Ouédraogo und Sawadogo – als Zeichen der getroffenen Übereinkunft – mancherorts noch heute ihre Töchter untereinander aus.

Die prähistorische Zeit

Der burkinische Archäologe Prof. Kiéthéga schreibt in seiner Darstellung der Prähistorie Burkina Fasos den ersten bearbeiteten Steinfunden am Mare d'Oursi ein Alter von 400000 Jahren zu. Weitere archäologische Funde weisen auf eine Siedlungsgeschichte hin, die vor mindestens 14000 Jahren begonnen hat. Die ersten Bewohner wurden vor etwa 5000 Jahren sesshaft. Siedlungshügel, Friedhöfe mit Tonsärgen, Scherben, Felsmalereien, Reste von Hochöfen oder Verteidigungsanlagen bieten über das ganze Land Objekte archäologischer Studien.

Wegen starker Völkerwanderungen lassen sich archäologische Funde wie Felssiedlungen in Sidou oder Yobiri, Felsgravuren in Pobé-Mengao, Aribinda oder Markoye, Ausgrabungen wie die von Archäologen der Johann Wolfgang Goethe Universität Frankfurt in Oursi oder die Ruinen von Loropeni [Video] im Südwesten (seit 2009 erstes Objekt des Landes auf der Liste des UNESCO-Welterbes) nicht genau ethnisch zuordnen.

Staat und Zivilgesellschaft

Staatsform, Verfassung und Gewaltenteilung

Burkina Faso ist laut Verfassung von 1991, die vom 31.10. – 15.11.2014 von einer Militärregierung außer Kraft gesetzt wurde, eine laizistische präsidentiale Republik mit Mehrparteiensystem. Der Präsident wird als Staatsoberhaupt alle fünf Jahre direkt gewählt und besitzt weitreichende Vollmachten. Der Präsident ernennt den Premier ministre und das Regierungskabinett. Präsident und Regierungskabinett bilden die exekutive Gewalt. Die Legislative liegt bei der Assemblée Nationale, dem Parlament. Die 127 Parlamentarier werden für fünf Jahre gewählt.

Gemäß geschriebenem Recht ist das Justizwesen unabhängig und institutionell ausdifferenziert. Die Unabhängigkeit der Justizbeamten ist im Artikel 129 der Verfassung verankert. Die Beamten sind unabsetzbar. Unter dem Regime Compaoré beschränkten die Dominanz des Präsidenten, sein uneingeschränkter Zugriff auf die Sicherheitskräfte, sein Einfluss auf die Exekutive, die Legislative und das Justizsystem sowie sein Einfluss auf die Berufung der Verfassungsrichter substantiell das Prinzip der Gewaltenteilung. Die Mehrheitspartei sowie zahlreiche Oppositionsparteien im Parlament standen unter dem Einfluss des Präsidenten. Auch die Justiz war von der Exekutive dominiert und politisiert. Ihre Funktionsweisen waren in erheblichem Maße dysfunktional, was am Deutlichsten in Fällen von Straflosigkeit zutage trat. Politischer Druck, mangelnde

Ausbildung und schlechte Ausstattung standen in direktem Zusammenhang mit der tief im burkinischen Justizwesen verwurzelten Korruption, bemängelte der Transformationsindex 2014 der Bertelsmannstiftung. Das Abfallen Burkina Fasos auf Rang 92 von 129 Ländern beim Transformationsindex 2016 hängt mit den instabilen Verhältnissen in den Jahren 2014 und 2015 zusammen und spiegelt noch nicht die heutige Realität des Landes nach der Rückkehr zur Demokratie.

Recht, Rechtssystem und Ordnung

Als Forderung des Kollegiums der Weisen (s.o.) wurde im April 2000 das hauptsächlich nach französischem Vorbild aufgebaute Rechtssystem reformiert und der Cours Suprême (oberster Gerichtshof) in vier unabhängige Rechtssprechungsinstanzen zersplittert: den Conseil Constitutionnel (Verfassungsgericht), den Cours de Cassation (Kassationsgericht), den Conseil d'Etat (Verwaltungsgericht) und den Cours des Comptes (Rechnungshof).

Das Justizministerium und die Banque de données juridiques du Burkina bieten weitere Informationen über das Rechtssystem und aktuelle Gesetzestexte. Die Todesstrafe ist weiter schärfste Sanktion, wurde aber von 1988 bis 2009 in zivilen Gerichtsverfahren nicht verhängt. Für innere Sicherheit sind die Polizei und die dem Militär zugehörige Gendarmerie (zusammen etwa 8.000 Einsatzkräfte) zuständig. Sie gehen gegen Klein- und Gewaltdelinquenz vor, werden aber seit Jahren nicht Herr über das Unwesen der Coupeurs de route (Wegelagerer, bewaffnete Straßenräuber) vor allem im Südosten des Landes. Festgenommene Coupeurs de route werden oft außergerichtlich bestraft.

Daneben sind traditionelle Rechtsinstanzen, wie die oft gnadenlos und tödlich verlaufende Tinsé, die mit Hilfe von Ahnen und Fetischen ungeschriebenes überliefertes Stammes- bzw. Familienrecht in Geltung setzen, weiterhin existent. Häufig beklagte Hexereidelikte oder Tabubrüche (z.B.

Verweigerung nach Eheversprechen) werden von dem modernen Rechtssystem nicht behandelt.

Hexenvertreibungen, Lynchmorde an Dieben, Willkür von Polizei und Militär, gewaltsame Befreiung verurteilter Soldaten, Strafreiheit für Korruption oder politische Morde sowie z.B. das Lynchen eines Funktionärs und die Vertreibung einer Volksgruppe aus Gaoua im August 2012 sind Formen immer öfter vorkommender Selbstjustiz, die die institutionelle Schwäche des Rechtssystems und das ihm fehlende Vertrauen aufdecken.

Formaler Staatsaufbau

Burkina Faso ist in 13 Regionen aufgeteilt, die aus 45 Provinzen bestehen. Den Provinzen sind wiederum 350 Departements untergeordnet. Die Departements bilden die unterste Verwaltungsebene. Der Staat ist auf dem gesamten Territorium mit grundlegender Verwaltungsinfrastruktur präsent, auch wenn diese in weiten Teilen des Landes mangelhaft funktioniert. Verantwortlich ist das Ministère de l'Administration Territoriale et de la Décentralisation (MATDS). Den Regionen stehen als oberste lokale Autoritäten Gouverneure (Les treize Gouverneurs) vor, den Provinzen Kommissare (Haut-commissaires) und den Departement Präfekten (Préfets).

Dezentralisierung

Im Februar 1995 startete in der Praxis die Dezentralisierungspolitik, als die ersten Kommunalwahlen in 33 Stadtgemeinden abgehalten wurden. Die Dezentralisierungspolitik, deren Sinn eine verstärkte Wahrnehmung der Eigenverantwortung der ländlichen oder städtischen Gemeinden durch Kompetenz- und Ressourcenübertragung ist, beruht auf der Verfassung vom 2. Juni 1991. Im September 2000 wurden die Gemeinderäte in diesen 33 städtischen Kommunen erneuert und 16 neue Stadtgemeinden geschaffen. Die ersten flächendeckenden Kommunalwahlen fanden am 23. April 2006 statt. Die Wahlen haben in 357 Kommunen (davon

308 Landkommunen) stattgefunden.

70 politische Parteien warben mit ihren Kandidatenlisten um 17.786 Ratssitze. Nach den endgültigen Wahlergebnissen der «Commission Electorale Nationale Indépendante» (CENI) hatte die präsidentennahe Regierungspartei CDP 72 % der zu besetzenden Sitze errungen. Die letzten Kommunalwahlen vor dem Sturz von Blaise Compaoré fanden gekoppelt mit den Parlamentswahlen am 2. Dezember 2012 statt. Die Kommunalverwaltungen wurden nach dem Zusammenbruch des Systems im November 2014 aufgelöst.

Am 22. Mai 2016 fanden die ersten Kommunalwahlen seit Amtsantritt des neuen Präsidenten Kaboré statt. Es waren 19.264 Gemeinderäte in 368 Kommunen zu wählen. Die unabhängige Wahlkommission (CENI) veröffentlichte die Ergebnisse. Die Wahlbeteiligung lag bei 47,65 %. Erwartungsgemäß errang die MPP mit 9.521 die meisten Ratssitze, gefolgt von UPC (2.450) und CDP (1.795).

Die Umsetzung der schrittweisen Dezentralisierungsreformen unterstützte die GIZ mit deutschen Entwicklungsgeldern bis 2017 in ihrem Projekt „Dezentralisierung und Kommunalentwicklung“.

Wahlen und politische Partizipation

Die Verfassung garantiert allen Bürgern die Bestimmung der Volksvertreter durch direkte, allgemeine, gleiche und freie Wahlen. Das aktive und passive Wahlrecht ist gewährleistet. Politische und zivilgesellschaftliche Gruppen können sich frei bilden.

Wahlen werden in Burkina Faso von der Commission électorale nationale indépendante (CENI) organisiert und durchgeführt. Der kritische Journalist Newton Ahmed Barry wurde am 25. Juli 2016 zum neuen Präsidenten der unabhängigen Wahlkommission gewählt. Er tritt damit die Nachfolge von Barthélemy Keré an, dessen Amtszeit zu Ende ist. In der Regel wurde unter der

Herrschaft Compaorés bis Oktober 2014 auch das in der Verfassung verankerte Recht der Versammlungsfreiheit respektiert. Es gab aber auch wiederholt Versuche, das Demonstrations- und Streikrecht der Bürger einzuschränken.

Die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Wahlkampf waren für Parteien und Kandidaten bisher ungleich. Während zur Zeit Compaorés der amtierende Präsident und die Regierungspartei über ausreichende Geldmittel sowie Verankerung im staatlichen Verwaltungsapparat und in staatlichen Medien verfügten, war es für alle anderen nahezu aussichtslos, sich landesweit als politische Alternative zu positionieren. Kauf, Einschüchterung und Zersplitterung der Opposition sowie Manipulation von Wahllisten zählten zu den Strategien der Regierungspartei. Die Existenz der Opposition diente weitgehend als formelles Deckblatt für ein demokratisches Staatsgefüge.

Nach dem Rücktritt des Präsidenten Blaise Compaoré am 31.10.2014 und der Auflösung des Parlaments ist die Dominanz der Mehrheitspartei CDP gebrochen und ein neues Gleichgewicht der politischen Kräfte ist entstanden. Oppositionsparteien, Zivilgesellschaft, traditionelle und religiöse Würdenträger sowie das Militär hatten an Gewicht gewonnen und einigten sich auf eine einjährige Übergangszeit, an deren Ende im November 2015 Präsidentschafts- und Parlamentswahlen stattfanden. Die Übergangsregierung wollte in Toleranz einen Wettbewerb aller zivilen und politischen Gruppierungen ermöglichen und konnte dies trotz massiver Angriffe gipfelnd in einem Militärputsch der alten Präsidentengarde am 16. September 2015 entschlossen durchsetzen.

Die vorletzten Präsidentschaftswahlen fanden am 29. November 2015 statt, fünf Jahre nach den Wahlen am 21. November 2010, aus denen Blaise Compaoré mit offiziell 80,2 % der Stimmen als Sieger hervorging. Schon im ersten Wahlgang wurde Roch Marc Christian Kaboré mit 53,49 % der Stimmen gewählt. Zéphirin Diabré erhielt 29,65 %, gefolgt von Tahirou Barry (3,09 %) und Bénéwendé Sankara mit 2,77 %. Damit wurde die Zeit des

Übergangs nach dem Sturz von Blaise Compaoré abgeschlossen. Bei den letzten Präsidentschaftswahlen im November 2020 wurde der amtierende Präsident Kaboré mit knapp 58 % der abgegebenen Stimmen im Amt bestätigt.

Alle fünf Jahre wird das Einkammerparlament, die Assemblée Nationale, gewählt. Die letzten Parlamentswahlen fanden ebenfalls am 29.11.2015 statt. Die MPP ging als stärkste Partei hervor und erhielt 55 von 127 Sitzen, gefolgt von der UPC (Union pour le Progrès et le Changement) mit 33 Sitzen, der alten Regierungspartei CDP mit 18 Sitzen und der sankaristischen UNIR/PS mit fünf Sitzen. Acht weitere Parteien verteilen sich auf 16 Sitze. Zum Regierungschef wurde Paul Kaba Thiéba ernannt.

Die Wahlen verliefen weitgehend fair. Wähler benötigten biometrische Wahlscheine.

Politische Parteien

Es gibt heute in Burkina Faso über 140 Parteien. Am 26.03.2014 wurden 97 Parteien offiziell anerkannt. Im September 2016 wurden 20 politische Parteien und Gruppierungen unter den 145, die in Burkina Faso zu diesem Zeitpunkt identifiziert wurden, vom Amt für öffentliche Freiheit aufgefordert, innerhalb von zwei Wochen ihre Lage zu klären. Andernfalls drohe ihnen die Auflösung. Im Gesetz steht, dass „eine politische Partei oder Gruppierung, die ihrer eigenen Satzung nicht gerecht wird, vom für die öffentliche Freiheit zuständigen Ministerium aufgefordert werden kann, diese einzuhalten.“

In dem am 29. November 2015 gewählten Parlament (127 Sitze) sind vertreten:

Mouvement du peuple pour le progrès (MPP) : 55 Sitze

Union pour le progrès et le changement (UPC) : 33 Sitze

Congrès pour la démocratie et le progrès (CDP) : 18 Sitze

UNIR/PS Parti Sankariste : 5 Sitze ADF/Rassemblement démocratique africain (ADF/RDA) : 3 Sitze

Nouveau temps pour la démocratie (NTD) : 3 Sitze

Nouvelle alliance du Faso (NAFA) : 2 Sitze Parti de la Renaissance Nationale (PAREN) : 2 Sitze

Le Faso autrement : 1 Sitz

Union pour un Burkina nouveau (UBN) : 1 Sitz Organisation pour la démocratie et le travail (ODT) : 1 Sitz

Rassemblement pour la démocratie et le socialisme (RDS) : 1 Sitz

Parti des bâtisseurs (PDS Metba) : 1 Sitz

Der Status der Opposition wurde im April 2000 per Gesetz geregelt. Die stärkste Partei, die MPP, wurde im Januar 2014 von führenden Politikern der CDP, die in den drei Jahrzehnten zuvor an der Spitze des Staatsapparates gestanden hatten, neu gegründet. Sie wird von der Troika Marc Christian Roch Kaboré, Salif Diallo und Simon Compaoré geführt. Ihr Austritt aus der CDP führte 2014 wesentlich zum Niedergang der ehemaligen Regierungspartei.

Die UCP ist 2010 gegründet worden und ist ebenfalls aus einer Abspaltung der früheren Mehrheitspartei unter Blaise Compaoré entstanden. Seit 2012 war sie führende Oppositionspartei. Ihr Vorsitzender Zéphirin Diabre und viele Parteiführer waren zuvor Minister oder Abgeordnete der CDP.

Die UNIR/PS ist traditionell eine sankaristische Oppositionspartei.

Die Rolle traditioneller Machthaber

Nachdem die Regierung Thomas Sankaras die traditionellen Herrschaftssysteme als feudale Gesellschaftsordnung angeprangert und deren Bedeutung durch die Schaßung der

Verteidigungskomitees (CDR) deutlich eingeschränkt hatte, wurden sie von seinem Nachfolger rehabilitiert, ohne deren Status genau zu definieren. Traditionelle Chefs sind konservative moralische Instanzen, haben sakrale und traditionell richterliche Vollmachten und bestimmen vielerorts noch – bei stagnierender Dezentralisierung – über Einteilung und Zuteilung von Boden. Sie fungieren in ländlichen Gebieten als Opinionleader. Bis heute kommt es zu blutigen Nachfolgekriegen um die Chefferie, deren Hintergründe in der politischen Rolle der Häuptlinge vermutet werden. Der Schulterschluss des inzwischen abgesetzten Präsidenten mit den traditionellen Häuptlingen verstand sich im Kontext der «freien Wahlen», lieferte er doch – für billige Geschenke – das Stimmvieh aus den ländlichen Gegenden.

In politischen Krisensituationen kommt den traditionellen (wie den religiösen) Würdeträgern eine Rolle der Schlichter und der Wächter über die nationale Integrität zu. Während der zweijährigen Krise nach der Ermordung des Journalisten Norbert Zongo 1998 waren sie im «Rat der Weisen» vertreten. Nach dem vom Volk erzwungenen Rücktritt des Präsidenten am 31.10.2014 spielte der Moogho Naba, der Mossikönig von Ouagadougou, eine integrierende Rolle in der politischen Debatte um die Übergangsregierung. Traditionelle Häuptlinge nahmen an der Ausarbeitung der Übergangscharta teil.

Zivilgesellschaft

Burkina Faso verfügt über eine sehr bunte zivilgesellschaftliche Landschaft, die auch schon während des Regimes Compaoré weitgehend frei vom Einfluss des Präsidenten und der regierenden Einheitspartei blühte, und die in hohem Maße zum Sturz von Blaise Compaoré beigetragen hat. Die zahlreichen aktiven Organisationen konnten bisher erheblichen Einfluss auf die politische Gestaltung von Sozial- und Wirtschaftspolitik nehmen. Die dominierenden Organisationen sind Gewerkschaften, Schüler- und Studentenvereinigungen sowie Menschenrechtsorganisationen. Insbesondere das

Gewerkschaftssystem mit dem Dachverband «Confédération Générale du Travail Burkina (CGTB)» verfügt über einen hohen Organisationsgrad und hat oft dezidiert Einfluss auf den politischen Kurs nehmen können.

Zu den Hauptorganisatoren von Massenprotesten gehörte in den letzten Jahren die Menschenrechtsbewegung «Mouvement Burkinabè des Droits de l'Homme et des Peuples» (MBDHP) mit ihrem Vorsitzenden Chrisogone Zougmoré. In Burkina Faso steht sie an der Spitze einer Demokratiebewegung und führte maßgeblich die Proteste nach dem Tod von Norbert Zongo. Der MBDHP ist in 27 Provinzen mit lokalen Büros vertreten. In den Dörfern gibt es Tausende von Bauern- und Selbsthilfegruppen, Frauenvereinigungen, sowie NROs zur Lösung von Entwicklungsproblemen.

Politische Bewegungen 2011-2014

Die Versprechen des neuen Premierministers vom April 2011, die Preise zu senken, konnte die Situation für ein Jahr beruhigen und die Forderungen der Coalition Nationale contre la vie chère (CCVC) zum Schweigen bringen. Schon nach einigen Monaten mussten einzelne Zusagen aber wieder zurückgenommen werden. Die Erhöhung des Benzinpreises um 50 FCFA/Liter und die daraus folgende Erhöhung der Preise für Lebensmittel wurden erneut zum Haupttätgarnis der burkinischen Bevölkerung, zumal das Land zu dieser Zeit unter Nahrungsmittelknappheit litt. Die CCVC rief im Mai 2012 landesweit zu Demonstrationen auf. Sie forderte mehr Preiskontrollen und ein stärkeres Engagement des Staates bei der Preisbildung. Bis zum Vorabend des Volksaufstandes vom 30.10.2014 veranstaltete die Bewegung «vie chère» umfangreiche Demonstrationen.

Am 22. Mai 2013 hatte eine Mehrheit der Abgeordneten gegen den heftigen Widerstand der Oppositionsparteien die Schaffung eines Senates durchgesetzt. Die Opposition kritisierte nicht nur, dass ein solcher Senat jährlich unnötig sechs Milliarden FCFA verschlingen würde, sondern auch, dass sich hinter dem

Vorhaben die Durchsetzung einer Verlängerung des Präsidentenmandates über 2015 verstecken würde. Der Generalsekretär des Zentrums für richterliche Ethik in Burkina Faso RA Guy Hervé Kam nannte die Schaffung des Senats «unnützlich, zweckwidrig und steuerverschwendend [Video]. Mit dem Senat könnten die präsidententreuen Parteien eine 3/4 Mehrheit zur Verfassungsänderung erlangen. Auch die katholische Kirche lehnte ihre Vertretung im Senat als unangemessen ab. Für den 29.06.2013 riefen daher etwa 30 Parteien zu einem Protesttag auf.

Die Großdemonstration in Ouagadougou begann am Morgen des 29.06. friedlich, wurde aber an der Bannmeile der Avenue de l'Indépendance von der Polizei gewaltsam mit Tränengas aufgelöst. Zahlreiche Personen wurden verletzt. Auch in Bobo-Dioulasso – sowie in allen Provinzhauptstädten – gingen gleichzeitig Tausende auf die Straßen, um gegen schlechte Regierungsführung, Korruption und die Schaffung des Senats zu demonstrieren.

Dauerthema in der öffentlichen Diskussion blieb eine mögliche Präsidentschaftskandidatur von Blaise Compaoré im Jahr 2015. Der Artikel 37 der Verfassung schloss eine solche Mandatserneuerung aus. In Interviews in Paris und Dori betonte Blaise Compaoré im Dezember 2013 die Änderbarkeit der Verfassung und goss somit neues Öl ins Feuer. Am 16.12.2013 schloss sich die Opposition zusammen und setzte einen permanenten Krisenstab zum Kampf gegen den Verfassungsputsch («État-major Permanent de Crise» pour lutter contre le «Coup d'État constitutionnel») ein.

Demonstrationen am 18.01.2014

Angeführt von drei Mitgründern der Regierungspartei CDP, Roch Marc Christian Kabore (früher CDP-Vorsitzender, Ministerpräsident und Parlamentspräsident), Salif Diallo (früher CDP-Vorsitzender und Minister) und Simon Compaoré (früher Bürgermeister von Ouagadougou) erklärten zu

Jahresbeginn 2014 75 führende Parteifunktionäre ihren Austritt aus der Partei der CDP und stellten sich in der Reihe der Oppositionsparteien auf. Als Grund ihres Austrittes gaben sie vor allem die undemokratische Führung der CDP, die Schaffung eines Senats und die Infragestellung des Artikels 37 der Verfassung (s. oben) an. Am 25.01.2014 hatten sie mit der MPP («Mouvement du Peuple pour le Progrès») eine neue Partei gegründet, die sich selbst als «sozialdemokratisch» bezeichnete.

Die von den Sängern Smockey und Sams K Le Jah gegründete Bürgerbewegung «Le balai citoyen», und der «Mouvement ça suît» sind Bürgerbewegungen, die sich vor allem gegen die Schaffung des Senats, eine Änderung des Artikels 37, die Verteuerung des Lebens sowie Ungerechtigkeit und Straflosigkeit wehrten und mehr Demokratie und einen personellen Wechsel in der Staatsführung forderten. Sie riefen zu Großdemonstrationen («marche-meeting») für den 18.01.14 auf.

Die Beteiligung an dem friedlichen Protestmarsch vom 18.01.2014 war sowohl in Ouagadougou als auch in Bobo-Dioulassou (angeblich 100.000 Teilnehmer) und anderen Städten über Erwarten groß. Die führenden, aus der CDP ausgetretenen Politiker, nahmen daran teil. Bei einer Kundgebung auf dem Platz der Nation in Ouagadougou sprachen u.a. Zéphirin Diabré, Arba Diallo und Saran Sérémé. Von einem «historischen Tag» war die Rede.

Die Absicht der Regierung und einiger systemtragender Organisationen, ein Referendum zum Artikel 37 durchzuführen und die Bevölkerung über eine erneute Kandidatur des seit 1987 amtierenden Präsidenten entscheiden zu lassen, rief in der Bevölkerung, insbesondere bei den genannten Bürgerbewegungen und Oppositionsparteien, heftige Proteste hervor. Sie sahen in dem angestrebten Referendum ein illegal eingesetztes Instrument zu einem Verfassungsbruch (Artikel 166 und 168), das alleine dem Machterhalt des Präsidenten dienen sollte.

Am 31. Mai kam es zu einem Meeting gegen ein mögliches Referendum im Stade de 4 août. Redner waren unter anderem Zephirin Diabré, Arba Diallo und Benewende Sankara. Landesweit wurden Komitees gegen das Referendum eingesetzt, die «Comités contre le referendum» (CCR). Die Komitees setzten sich für die Sensibilisierung der Bevölkerung und für besseren Informationsfluss zu den Hintergründen des Referendums ein und koordinierten ihren Widerstand.

Der gewaltsame Tod des Verfassungsrichters Salifou Nébié am 25. Mai 2014 rief eine neue Protestwelle mit Zwischenfällen in Burkina Faso hervor. Er wurde auf der Straße nach Saponé tot aufgefunden. Der bis zu seiner Beerdigung am 09.06.2014 geheim gehaltene Autopsiebericht des französischen Arztes Dr. Chochois führte die Todesursache auf Schädelbruch, Schlüsselbein- und Schulterblattbruch und acht gebrochene Rippen zurück. Dieser von staatlichen Behörden angeordnete Autopsiebericht erwies sich aber als unglaubwürdig, da er ohne zweifelsfreie Rekonstruktion des Tathergangs einen Unfall unter Ausschluss Dritter zu beweisen versuchte. Nach Auskunft aus Kreisen der Familie Nébiés in Leo fürchtete der Richter um sein Leben, nachdem er sich mit dem Staatspräsidenten in einer zentralen Frage überworfen hatte.

Als einer unter neun Verfassungsrichtern lehnte er eine Änderung des Artikels 37 der Verfassung ab. Weiterhin ist bekannt, dass er eine Annäherung an die von der Regierungspartei abgespaltene MPP suchte. Daraufhin kam es am 23.08.2014 erneut in Ouagadougou zu einer Großdemonstration, die sich im Wesentlichen gegen eine erneute Bewerbung von Blaise Compaoré um das Präsidentenamt 2015 richtete.

Nach Bekanntwerden eines Ministerratsbeschlusses zu einer Gesetzesänderung, die durch ein Referendum dem Präsidenten eine weitere Kandidatur ermöglichen sollte, kam es bereits in der Nacht zum 22.10.2014 zu Krawallen in Ouagadougou. Bürgerbewegungen und Oppositionelle riefen ab dem 28.10. zum zivilen Ungehorsam auf, um sich gegen die Monarchisierung des

Staates zur Wehr zu setzen. Schulen blieben geschlossen. Schon am 27.10. demonstrierten massenhaft Frauen mit großen Kochlöffeln gegen den geplanten «Verfassungsputsch». Am 28.10. demonstrierten etwa eine Million Menschen gegen das Ansinnen des Präsidenten und seiner Helfer. Viele zogen vor die Häuser der Abgeordneten. In Bobo- Dioulasso wurde eine Statue von Blaise Compaoré gestürzt. In Ouagadougou kam es zu Straßenschlachten mit der Polizei [Video]. Es handelte sich dabei um eine breite Volksbewegung, die am 30.10. die Regierung und am 31.10.2014 den Präsidenten stürzte. Motor der Bewegung war «le balai citoyen» mit Massen an Jugendlichen, die nie zu Zeiten eines anderen Präsidenten als Blaise Compaoré gelebt hatten.

Der Urheber ist auf dem Länderportal der GIZ nicht erwähnt. Ich habe die GIZ informiert, dass ich das wertvolle Wissen in meine touristischen Webseiten einpflege. Jede Unterstützung ist willkommen. Vor allem in Bezug auf Bilder und Wahrung der Aktualität nehme ich gern Hilfe an.

Landesimpressionen

Zentrale Orte in Ouagadougou

Allgemeine Impressionen von Burkina Faso bieten folgende ausgewählte Webseiten, die im wesentlichen aus Bilderkatalogen und Blogs über Menschen, Landschaften und Kultur bestehen.

Präsentation des Landes auf Video der burkinischen Botschaft in Paris

Die große Bildergalerie von TrekEarth

Fourmis Terre: Das auf dem Server der belgischen Haute Ecole Roi Baudin untergebrachte Projekt bietet verschiedene Landschafts-, Dorf- und Städtebilder aus dem Norden, dem Zentrum, dem Süden, dem Westen und dem Südwesten Burkina Fasos an.

Photographs of Burkina Faso, 1970-2004.

Eine Videoreise durch Burkina Faso von Jszlasa's Channel:

Der Urheber war auf dem Länderportal der GIZ nicht erwähnt. Ich habe die GIZ informiert, dass ich das wertvolle Wissen in meine touristischen Webseiten einpflege. Jede Unterstützung ist willkommen. Vor allem in Bezug auf Bilder und Wahrung der Aktualität nehme ich gern Hilfe an.